

Schwächen und Mängel in der Rekonstruktion der Metallurgie

2. Juli 1959

Information Nr. 457/59 – Bericht über einige Schwächen und Mängel in der Rekonstruktion der Metallurgie

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 201, Bl. 4–6 (2. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Leuschner – MfS: HA III, Ablage.

Bemerkungen

Zu diesem Bericht existiert Beimaterial, das den Austausch von Informationen bis zum Verfassen des Berichtes dokumentiert. In einer Aktennotiz vom 26.5.1959 informiert der Mitarbeiter der HA III/1 (zuständig für die Überwachung der Planung und Finanzen in der Volkswirtschaft) über ein Gespräch mit dem Werkdirektor der VEB Mepro, in welchem dieser die im Bericht angeführten Mängel anspricht. Am 4.6.1959 informiert die Abteilung V über dieselben Mängel. Diese Information wird an den stellvertretenden Leiter der Zentralen Informationsgruppe des MfS, Werner Irmeler, weitergerichtet. Am 22.6.1959 bestätigt der Verfasser der Aktennotiz vom 26.5.1959 in einer kurzen »Einschätzung« die Aussagen im Schreiben der Abteilung V und weist darauf hin, dass seine Aktennotiz an den »zuständigen Sachbearbeiter für die Abteilung Grundstoffindustrie der Staatl[ichen] Plankommission in der HA III/1/A, den Gen. Linke, weitergeleitet [wurde]«. Dieser notiert am 23.6.1959 handschriftlich auf der »Einschätzung«: »In der Abt. Berg- und Hüttenwesen der SPK sind seit einigen Monaten Veränderungen getroffen. Eine Reihe führender Funktionäre wurde abgelöst und auch in der Partearbeit eine Wende erzielt. Dr. Krämer ist an der Lage in der Metallurgie nicht unschuldig. Ansonsten entsprechen die Angaben den Tatsachen. Veränderungen sind im Gange.«

Verweis

Information [428/59](#).

In vorliegenden Informationen werden einige Schwächen und Mängel in der Rekonstruktion der Metallurgie angeführt, wobei jedoch nicht zu ersehen und festzustellen ist, ob diese Hinweise bereits der Staatlichen Plankommission¹ bekannt sind und welche Maßnahmen daraufhin eingeleitet wurden.

So wird von führenden Wirtschaftsfunktionären metallurgischer Betriebe in der DDR die Ansicht vertreten und teilweise auch verbreitet, dass nach der Auflösung des Ministeriums für Berg- und Hüttenwesen und der damit verbundenen Dezentralisierung des Verwaltungsapparates in einzelne VVB die positive Entwicklung in der Metallurgie gehemmt worden ist.² Diese Erscheinungen werden vor allem auf eine völlig ungenügende Besetzung des Sektors Berg- und Hüttenwesen der Staatlichen Plankommission zurückgeführt, wobei die Ansicht vertreten wird, dass dabei persönliche Schwächen im Vordergrund stehen würden, die auch durch eine Abberufung des Gen. Steinwand³ nicht behoben werden, sondern eine grundlegende Veränderung und fachliche Neubesetzung erfordern. In diesem Zusammenhang wird bemängelt, dass der für den Sektor Berg- und Hüttenwesen verantwortliche Kaderleiter der Staatlichen Plankommission keinen Überblick über die zu lösenden Aufgaben und die damit verbundenen Anforderungen an die leitenden Kader hat. Diese Situation im Sektor Berg- und Hüttenwesen hätte dazu geführt, dass für den Siebenjahrplan Eckzahlen herausgegeben worden wären, die jetzt in wichtigen Positionen geändert werden müssten. Angeblich soll dazu von Dr. [Name] erklärt worden sein, »Hauptsache die Eckzahlen sind noch vor den Volkswahlen (1958)⁴ heraus, hinterher kann man ja immer noch ändern.«

Da erstmalig Ende Mai dieses Jahres über die Koordinierung der einzelnen Rekonstruktionspläne und den Siebenjahrplan in der Metallurgie gesprochen worden sein soll, hätte sich jetzt eine solche Lage ergeben, dass in der Metallurgie bis 1965 ein Defizit von 300 Mio. DM⁵ Investitionen bestehen würde, über dessen Beseitigung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine klaren Vorstellungen bestehen. Bei dieser Abstimmung Ende Mai hätte sich auch herausgestellt, dass von verschiedenen Betrieben Projekte eingeplant worden sind, die volkswirtschaftlich nicht verwirklicht werden können. Als besonders kritisch wird dabei der Zeitraum von 1962 bis 1964 angesprochen, in dem angeblich im Eisenhüttenkombinat StalinStadt⁶ pro Jahr ca. 200 Mio. DM verbaut werden sollen, ohne jedoch über entsprechende Kapazitäten zu verfügen. Diese Einschätzung wird mit dem Hinweis verbunden, den Bau des Erdölkombinats zeitlich eher durchzuführen, um eine Überbelastung der Kapazitäten zu verhindern.⁷

Die aus dieser Situation sich ergebenden Veränderungen sollen den Betrieben bisher noch nicht mitgeteilt worden sein. Das hätte auch dazu geführt, dass die von der Staatlichen Plankommission herausgegebenen Termine für den Abschluss der Vorplanung metallurgischer Projekte vom VEB Mepro⁸ nicht eingehalten werden können, da noch keine konkrete Aufgabenstellung vorliegt. Als nachteilig hätte sich dabei auch erwiesen, dass das Zentrale Projektierungsbüro zur Aufstellung der Rekonstruktionspläne in den einzelnen metallurgischen Betrieben nicht herangezogen wird.

Im VEB Mepro wird aufgrund dieser Lage bereits die Ansicht vertreten, dass zur Überwindung dieser Schwierigkeiten unbedingt Projektierungsarbeiten an die ČSR, Volkspolen und an deren Volksdemokratien übergeben und direkte Fertigungsaufträge – so u. a. der Bau einer Walzenstraße durch die SU – ebenfalls von diesen Ländern übernommen werden müssten.

1

Die Staatliche Plankommission (SPK) war ein zentrales staatliches Organ des Ministerrates der DDR, das 1950 aus dem Ministerium für Planung hervorgegangen war. Der SPK oblagen die gesamtstaatliche Planung und Entwicklung der Volkswirtschaft sowie die Kontrolle der Durchführung der Planaufgaben. Sie war zuständig für die Koordinierung, Ausarbeitung und Kontrolle der mittelfristigen Fünfjahrpläne und der daraus abgeleiteten jährlichen Volkswirtschaftspläne.

2

Das Ministerium für Berg- und Hüttenwesen entstand im November 1955 und hatte bis 1958 Bestand. Danach wurden seine Aufgaben in die Strukturen der zuständigen VVB eingegliedert.

3

Rudolf Steinwand, Jg. 1906, KPD- und SED-Funktionär, 1955–58 Minister für Berg- und Hüttenwesen, anschließend Mitglied und Leiter der Abteilung Grundstoffindustrie der Staatlichen Plankommission, ab 1959 Vorsitzender des Vorstandes der SDAG Wismut, später Stellvertreter des Beauftragten bzw. Ständiger Vertreter der DDR im RGW in Moskau.

4

Die Wahl zur 3. Volkskammer fand am 16.11.1958 statt.

5

Im Zuge der Währungsreform im Juli 1948 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone wurde die Reichsmark als bis dahin gültiges Zahlungsmittel durch die Deutsche Mark der Deutschen Notenbank abgelöst. Bis 1964 hieß die Währung in der DDR also auch Deutsche Mark (DM). Erst 1964 wurde sie in Mark der Deutschen Notenbank (MDN) und mit Gründung der Staatsbank der DDR im Jahr 1968 in Mark der DDR (M) umbenannt.

6

Der Standort des Eisenhüttenkombinates Ost hieß 1959 noch StalinStadt und wurde 1961 im Zuge der Zusammenlegung Stalinstadts mit Fürstenberg und Schönfließ in Eisenhüttenstadt umbenannt.

7

Gemeint ist hier wohl der Bau des Erdöl verarbeitenden Werkes in Schwedt, mit dem im November 1960 begonnen wurde und das 1964 unter dem Namen Erdölverarbeitungswerk (EVW) Schwedt den Betrieb aufnahm.

8

Der VEB Metallurgieprojektierung (Mepro) in Berlin war der zentrale Projektierungsbetrieb der Branche in der DDR.